



## Weitblick fürs Schützen und Nutzen von Gewässern

**Einzugsgebietsmanagement wird in der Schweiz für den Umgang mit der Ressource Wasser von zentraler Bedeutung. Das zeigte eine Tagung zur ganzheitlichen Bewirtschaftung von Wasser und Gewässern in Freiburg. Der Anlass wurde vom Netzwerk Wasser-Agenda 21 organisiert, das sein Leitbild zum integralen Einzugsgebietsmanagement vorstellte.**

von **Kaspar Meuli**, Journalist, Biel

Weg von der Nabelschau! Wer in der Schweiz Gewässer schützt, Wasser nutzt oder Hochwasserschutz betreibt muss in grösseren Zusammenhängen denken. Gefragt ist die Zusammenarbeit aller Akteure und zwar über Gemeinde- und Kantonsgrenzen hinweg. Dies ist, auf eine Kurzformel gebracht, das Fazit der von 230 Teilnehmenden besuchten Fachtagung vom 23. Mai an der Universität Freiburg. Das geeignete Instrument, um dieser ganzheitlichen Betrachtungsweise zum Durchbruch zu verhelfen, ist eine Orientierung an Einzugsgebieten.

Die Idee des Einzugsgebietsmanagements ist nicht neu. Bereits im 19. Jahrhundert forderte Hans Conrad Escher, der Leiter der Linthkorrektur, entweder müsse man die Flüsse ihrem natürlichen Lauf überlassen oder „wenn man an ihren Ufern zu künsteln anfängt“, müsse dieses mit „vollständiger Übersicht ihrer ganzen Verhältnisse“ geschehen. Auch in jüngerer Zeit wurde bereits viel über eine effiziente und nachhaltige Bewirtschaftung des Wassers diskutiert. „Doch es fehlte der konzeptionelle Rahmen“, so sagte Hugo Aschwanden vom BAFU zu Beginn der Tagung. „Man war nie ganz sicher, ob mit dem Begriff ‚Integriertes Einzugsgebietsmanagement‘ auch alle dasselbe meinten.“ Die Definition, auf die sich die in Wasser-Agenda 21 versammelten Fachleute als Basis für ihr Leitbild geeinigt haben: „Einzugsgebietsmanagement ist ein Ansatz zur sektorübergreifenden Bewirtschaftung der Wasserressourcen, Gewässer und Wasserinfrastrukturen.“ Will heissen: Nötig ist eine Bewirtschaftung, die sich nicht mehr an kleinräumigen Strukturen orientiert und in der die Akteure ihre Interessen nicht mehr isoliert verfolgen. Denn, so gab Hugo Aschwanden mit Blick auf den Klimawandel zu bedenken, Zielkonflikte ums Wasser werden in Zukunft eher zunehmen. „Doch mit Einzugsgebietsmanagement steht uns ein Instrument zur Verfügung, um Güterabwägungen vorzunehmen und transparent zu machen.“ Erfolgreich in die Tat umgesetzt werden könne Einzugsgebietsmanagement dann, so Aschwanden, wenn drei Voraussetzungen erfüllt seien: Eine Trägerschaft ergreift die Initiative, die Finanzierung ist geklärt und „die Betroffenen werden zu Beteiligten“. Stichwort: Partizipation.

### **Positive Erfahrungen in der EU**

Wie weit die integrale Betrachtungsweise von Einzugsgebietsmanagement bereits in der Praxis angekommen ist, zeigte sich im Verlauf der Tagung an diversen Fallbeispielen. Sie spiegelten die Sicht der unterschiedlichen Akteure wieder – von kantonalen Verwaltungen über Kraftwerksbetreiber bis zu Umweltorganisationen. Doch zuerst gab es einen Blick über die Grenze in die EU, wo man bereits auf vielfältige Erfahrungen mit Einzugsgebietsmanagement zurückblicken kann. Thomas Blank, Abteilungsvorstand Wasserwirtschaft im Land Vorarlberg, äusserte sich positiv zur EU-Wasserrahmenrichtlinie aus dem Jahr 2000, die sich an Einzugsgebieten orientiert – in der EU sind es 170, davon 40 internationale. „Ohne diese Richtlinie“, betonte er, „gäbe es das Massnahmenprogramm nicht, das wir in Vorarlberg regional und lokal umsetzen.“ Massnahmen zur ökologischen Aufwertung der Gewässer wie zum Beispiel ein Programm, das die Wanderung der Bodensee-Seeforellen ermöglichen soll. Seine Erfahrungen mit Einzugs-

gebieten als Bezugsrahmen fasste Blank so zusammen: „Es geht nicht nur ums Wasser. Das Wassermanagement darf nicht isoliert von anderen Umweltbereichen und sozioökonomischen Aspekten angegangen werden.“ Es gelte die Zusammenhänge zwischen Bereichen wie Schifffahrt, Energieproduktion und Industrie aber auch Landwirtschaft, Fischerei und Tourismus zu erkennen. Und man müsse akzeptieren, dass sich dieses Umfeld dauernd wandle. Bei der praktischen Anwendung des Einzugsgebietsmanagements spielten die Behörden vor Ort eine entscheidende Rolle. „Bei der Konzeption von Massnahmen machen Einzugsgebiete Sinn, die Umsetzung aber muss in überschaubaren Einheiten geschehen.“

### **Dialog statt Konfrontation**

Beispiele, bei denen sich eine integrale Betrachtungsweise im Wassermanagement für alle Beteiligten positiv auswirkt, gibt es auch in der Schweiz. Etwa bei den Kraftwerken Oberhasli (KWO). Wie Steffen Schweizer, Leiter Gewässerökologie bei den KWO ausführte, haben sich die verhärteten Fronten im Berner Oberland dadurch aufweichen lassen, dass die Umweltverbände und die Kraftwerksbetreiberin über ein ganzes Paket von gewässerökologischen Massnahmen verhandelten. Es umfasste die Restwasseranreicherung bei den bestehenden Anlagen sowie die Ausbauprojekte „Tandem“ (Kraftwerke Handeck und Innertkirchen) und „Pumpspeicherwerk Grimsel 3“. Wichtig für das Erzielen eines Konsens, so Schweizer, sei die „grösstmögliche Transparenz“ bei der Bewertung der Massnahmen gewesen. Resultat des partizipativen Vorgehens: Verbesserungen bei den Restwasserverhältnissen, der Fischdurchgängigkeit und dem Geschiebehaushalts. Im Gegenzug dazu verzichteten die Umweltverbände auf Einsprachen zu den Ausbauplänen. „Trotz schwieriger Vorgeschichte konnte eine ausgewogene Lösung gefunden werden“, bilanziert Steffen Schweizer. „Bei uns im Haus konnte man sich gar nicht vorstellen, dass so etwas möglich ist.“ Den umstrittensten Zankapfel allerdings - die Erhöhung der Grimselstaumauer und die Vergrößerung des Sees - wurde wohlweislich aus dem Verhandlungspaket ausgeklammert. Über diesen Teil der KWO-Pläne werden vermutlich die Gerichte zu entscheiden haben.

Nicht nur die Kraftwerksbetreiber erkennen die Vorzüge des Dialogs, auch der WWF setzt vermehrt auf Zusammenarbeit. Beim Ausbauprojekt Lago Bianco der Repower im Puschlav etwa standen für die Umweltschützer zuerst alle Ampeln auf rot. Das Projekt sei „ökologisch sehr schlecht“ gewesen meinte Andreas Knutti, Leiter Bereich Wasser beim WWF Schweiz. „Das Sunk-Schwall-Verhältnis betrug 1:40.“ Dann aber kamen die Dinge in Fluss. Die Repower-Direktion und die Umweltverbände rangen sich dazu durch, nicht mehr nur via Medien zu kommunizieren, sondern direkt miteinander ins Gespräch zu kommen. „Auf neutralem Boden“, wie Andreas Knutti erzählte, „in der Halle des HB Zürich.“ Aus diesen Anfängen entwickelten sich eine neue Gesprächskultur und schliesslich eine Vertrauensbasis. Ergebnis: Ökologische Verbesserungen im ganzen Einzugsgebiet des Flusses Poschiavino und umgekehrt der Rückzug von Beschwerden vor Bundesgericht. Zum Erfolg beigetragen, so Knutti, habe nicht nur der Einstellungswandel der Konfliktparteien, sondern auch die ausgleichende Rolle, welche die Bündner Regierung und das beigezogene Ökobüro gespielt hätten.

### **Weitblick öffnete Handlungsspielraum**

Nicht immer lässt sich der gordische Knoten in Konfliktsituationen lösen – zumindest so lang nicht, wie man es an der ganzheitlichen Sicht fehlen lasse, meinte Stefan Hasler, Abteilungsleiter für Siedlungswasserwirtschaft im Amt für Wasser und Abfall des Kantons Bern. Seine Schilderung der komplexen Verhältnisse in der Belpau im Aaretal war ein einziges Plädoyer für ein integriertes Einzugsgebietsmanagement. Ursprünglich drehte sich die Kontroverse in der Belpau um Auenschutz und Trinkwassergewinnung, später wurde sie zusätzlich vom Hochwasserschutz überlagert. Gestritten wird einerseits um Wasserfassungen im Auenschutzgebiet und andererseits über den Standort eines Hochwasserdamms. Eine

Lösung des Konflikts, die alle Beteiligten zufriedenstellen würde, scheint nicht in Sicht. Den Grund dafür sieht Stefan Hasler nicht zuletzt darin, dass es den Interessensvertretern an „grösserer Flughöhe“ mangle. „Dieser Konflikt ist ein wunderschönes Beispiel dafür, wie die Betrachtung über ein ganzes Einzugsgebiet mehr Handlungsspielraum schaffen würde.“ Zum Beispiel im Bereich der Wasserversorgung: Würde diese Aufgabe nicht isoliert sondern im Verbund gelöst, könnten Wasserfassungen in Flussnähe stillgelegt werden, denn eigentlich sind sie nur für den Notfall gedacht, und dadurch liesse sich Platz für eine Revitalisierung der Aare schaffen – eine Win-Win-Situation.

### **Kantone spielen Schlüsselrolle**

Soll das von Wasser-Agenda 21 entwickelte Leitbild vermehrt Eingang in die Praxis finden, müssen vor allem die Kantone aktiv werden, so zeigte sich gegen Schluss der Tagung. Und zwar auch ohne Druck des Bundes. Die Direktion seines Amtes habe beschlossen, die Umsetzung des Einzugsgebietsmanagements zurückzustellen, sagte der BAFU-Verantwortliche für Gewässerbewirtschaftung, Hugo Aschwanden. Grund: Die Kantone seien bereits durch die Umsetzung des revidierten Gewässerschutzgesetzes stark belastet. „Doch wir wollen nicht stehen bleiben“, versprach Aschwanden und zeigte Wege auf, wie dem integralen Wassermanagement auch ohne neue Gesetze Vorschub geleistet werden kann. Das BAFU selbst wird zum Beispiel noch dieses Jahr einen Praxisleitfaden zum Thema veröffentlichen und die ganzheitliche Sichtweise in seine Vollzugshilfen zum revidierten Gewässerschutzgesetz einfließen lassen. Zudem werden Pilotprojekte der Kantone beim Einzugsgebietsmanagement weiterhin finanziell gefördert.

Eine solche kantonale Initiative stellte Christophe Joerin, Leiter Sektion Gewässer des Kantons Freiburg vor. Der Kanton Freiburg schreibt in seinem Gesetz über die Gewässer vor, dass Wasser müsse ganzheitlich und auf die Einzugsgebiete bezogen verwaltet werden. Das Gesetz ist Anfangs 2011 in Kraft getreten, nun werden in den kommenden vier Jahren die Einzugsgebiete definiert. Parallel dazu müssen sich die Gemeinden in den Einzugsgebieten zu neuen Strukturen in Wasserbelangen zusammenschliessen.

Möglichkeiten, das Einzugsgebietsmanagement in der Schweiz voranzutreiben, sahen verschiedene Referenten auch im Rahmen des revidierten Gewässerschutzgesetzes. Eine möglichst rasche Umsetzung des Gesetzes wünschen sich nicht zuletzt die Wassernutzer, wie Andreas Stettler, Leiter hydraulische Kraftwerke bei den BKW erklärte. „Die grossen Eigentümergesellschaften der Wasserkraftwerke sind an einer effizienten Umsetzung interessiert“, sagte er und forderte, die Planung des integralen Managements müsse je nach Einzugsgebiet in enger Zusammenarbeit zwischen den kantonalen Ämtern und den Kraftwerksbetreibern geschehen.

Wie viel bei der Konkretisierung des Einzugsgebietsmanagement bereits heute möglich sei, betonte auch Jürg Suter, der Vorsteher des Amtes für Abfall, Wasser, Energie und Luft des Kantons Zürich. In seinem Schlusswort zitierte er aus dem Leitbild der Wasser Agenda 21 und meinte: „Heute ist Einzugsgebietsmanagement Pionierarbeit, aber in wenigen Jahren werden wir uns kaum noch erinnern, wie es früher ohne diese Instrument ging. Ob Hochwasserschutz, Kleinwasserkraftwerke oder die Förderung der vom Aussterben bedrohten Seeforelle: Auf solche Fragen finden wir nur gute Antworten, wenn wir das System als Ganzes betrachten - auf dieser Logik baut Einzugsgebietsmanagement auf.“

### **Weitere Informationen:**

[www.wa21.ch](http://www.wa21.ch)